

Klaus Zernack

Polens Einfluß auf die Wandlungen des europäischen Staatensystems von den Teilungen bis zur Reichsgründung

Das Annual Register, eng verbunden mit Edmund Burke, kommentiert 1772 die Erste Teilung Polens als einen fundamentalen Eingriff in die Ordnung des europäischen Staatensystems. Es bezeichnet das beispiellose Geschehen als „the first very great breach in the modern political System of Europe“, wodurch der „overwhelming power and ambition of Russia“ freie Bahn geschaffen werde. Den Strukturwandel des Mächtesystems sieht der Kommentator in dem *gemeinsamen* Vorgehen der drei Ostmächte in Polen begründet: Durch diese Interessenkoalition sei das Gleichgewicht zwischen den Flügelmächten des Kontinents – Frankreich und Rußland – zugunsten Rußlands verschoben worden. Der Fehler war, daß England dem Gewaltakt gegen Polen tatenlos zugesehen habe, weil es auf die Rivalität zu Frankreich fixiert gewesen sei. Nun drohe „the total overthrow of the whole“. Die Blockbildung im Osten müsse Folgen im Westen haben!

Hier wird, so könnte man sagen, eine Spaltung der Pentarchie konstatiert, noch bevor man 1815 förmlich von einer solchen zu sprechen begann. Gleichzeitig prognostiziert die Analyse von 1772 in bezug auf Polen die strukturelle Übereinstimmung der drei Teilungsakte 1772, 1793 und 1795, die als zeitgeschichtlich-diplomatische Abläufe große Unterschiede aufwiesen. Die Einheitlichkeit lag in dem eingespielten Mechanismus der Interessenkompensation – „without the pretence of war or even the colour of right“ – auf Kosten des schwächsten Gliedes im Staatensystem.

Dieses ist die Republik des freien Adels seit dem großen Nordischen Krieg am Beginn des Jahrhunderts zweifellos gewesen. Sie war in ihrer „staatlichen Souveränitätskrise“ nicht mehr Subjekt von Außenpolitik, sondern Objekt eines Steuerungssystems von außen. Indes war die gewaltsame Auflösung dieses international handlungsunfähigen Staates Polen seit 1772 von einer beträchtlichen inneren (nationalgesellschaftlichen) Regenerations- und Reformanstrengung begleitet, ein Prozeß, in dem die berühmte Konstitutionsakte vom 3. Mai 1791 nur einen herausragenden Punkt markiert. Doch auch dieser Reformersfolg ist teilungspolitisch instrumentalisiert worden. Die Maiverfassung diente als Vorwand für den zweiten Teilungsakt. Dennoch ermöglichte die innere Regeneration die Wiedergewinnung einer politischen Subjektrolle für „Polen“ in der Zeit seiner Geteiltheit!

Worin bestand diese Subjektrolle Polens?² Der Verlust des Staates in den Teilungen hatte als Gegenwirkung das nationale Bewußtsein erstarken lassen. Auf ihrem Weg zur modernen Staatsbürgernation tradierten die Polen zunächst die adelsdemokratischen Überlieferungen der Szlachta-Gesellschaft im Sinne eines „rousseauisch“ verstandenen Demokratiedenkens, der die Kontinuität der politischen Öffentlichkeit betonte. Politisch bedeutete dies in der Welt nach 1795 eine Option für das revolutionäre Frankreich, die beträchtlich weiter trug als zuvor. Was die Wortführer der polnischen Nation auf die französische Karte setzen ließ, waren Napoleons Erfolge bei der Ausmanövrierung des Staatensystems, bei der Mattsetzung Preußens und Österreichs und der Isolierung Rußlands. In dieser Situation war Tadeusz Kościuszkos Warnung vor der Machtgier des Korsen ebenso unpopulär wie Adam Czartoryskis realistische Einsicht, daß für Polens Zukunft im Einklang mit Rußland gearbeitet werden müsse. Der zukünftige Gegensatz zwischen dem demokratischen, dem „roten“ Lager (des mittleren und niederen Adels) und dem konservativen, „weißen“ Lager (der Aristokratie), das mit den Teilungsmächten zu kooperieren bereit war, zeichnete sich hier bereits ab.

„Noch ist Polen nicht verloren, solange wir leben“, lautete seit 1797 das Kampflied polnischer Legionäre, die nach dem gescheiterten Aufstand Kościuszkos in Frankreich Zuflucht gesucht hatten und Bonaparte auf seinem Feldzug in die lombardische Republik gefolgt waren. Ihr Tun und ihr Gesang galten der Hoffnung auf das Fortwirken der Revolution zur Befreiung der Völker, die nun „von Italien nach Polen“ getragen werden müsse. Hier stößt man auf die ersten Manifestationen jenes demokratischen „internationalen Nationalismus“, der später für den polnischen Vormärz charakteristisch sein sollte. Die ersten „völkerdiplomatischen“ Töne klangen an, und Symbole wurden sichtbar, wenn die polnischen Legionäre Staatsbürger der neuen Republik wurden, polnische Uniformen mit italienischen Epauletten und französischen Kokarden trugen, auf denen in italienischer Sprache zu lesen stand: „Freie Menschen sind Brüder“. Die „roten“ Kräfte setzten also auf universale Wirkung.

Das tat auch der aristokratische Emigrant Adam Czartoryski in Petersburg, doch war der Internationalismus seiner Diplomatie, mit der er bald von sich reden machen sollte, anders begründet. Der polnische Magnat war ein Großvetter König Stanisław August Poniatowskis und nach der letzten Teilung Polens nach Petersburg gekommen, um Familieninteressen wahrzunehmen. Das war für die in den östlichen Landesteilen der alten Adelsrepublik begüterten Magnatengeschlechter unausweichlich geworden. Petersburg wurde auf diese Weise im 19. Jahrhundert zu einem wichtigen Lebens- und Wirkungsraum der polnischen Aristokratie, soweit sie in den Ostgebieten begütert war. Seit dem Frühjahr 1804 leitete der Freund Kaiser Alexanders I. das russische Außenministerium.

² Ich fasse in diesem Diskussionsbeitrag Überlegungen zusammen, denen ich in mehreren Einzelstudien nachgegangen bin, s. *Klaus Zernack*, Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen. Hrsg. v. *Wolfram Fischer*, *Michael G. Müller* (Berlin 1991), sowie zuletzt die Darlegungen in dem größeren Rahmen meines Buches: *Polen und Rußland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte* (Berlin 1994) 276–367.

Damit gewann Czartoryski für kurze Zeit die denkbar beste Plattform für seine Ideen: Vorrangige Aufgaben der europäischen Politik seien gegenwärtig die Beseitigung der Teilung Polens und die Eindämmung des revolutionären Frankreich, also die Revision der beiden großen umwälzenden Ereignisse der Zeitwende. Nur ein großer europäischer Mächtebund sei dazu in der Lage. Dessen Führung müsse in den Händen einer territorial desinteressierten, einer schiedsrichterlichen Macht liegen: Einzig Rußland komme dafür in Betracht. Während England, Preußen und Österreich territoriale Gewinne zu erwarten hätten, werde Rußlands moralischer Einfluß steigen. Auf die Dauer würde auch das nicht ohne territoriale Folgen bleiben. Das hieß: Unter Vermittlung Rußlands sollte Frankreich bis zur Alpen- und Rhein-Grenze zurückgedrängt und England bewogen werden, Malta herauszugeben und sich einem gerechten Seerecht zu fügen. Zwischen Frankreich und den Großmächten Österreich und Preußen sollten ein italienischer und ein deutscher Staatenbund errichtet werden. Das geeinte Polen würde in den russischen Reichsverband aufgenommen, aber Preußen müßte seine polnischen Besitzungen wieder preisgeben. Es ist faszinierend zu sehen, wie hier in Petersburg in einer ganz frühen Stunde europäischer Politik die drei großen Probleme von 1848, nämlich die Wiederherstellung Polens sowie die Einheit Deutschlands und Italiens, als europäische Aufgaben bereits in den Blick gekommen sind. 1853–56 – während des Krim-Krieges – sollte Czartoryski darauf zurückkommen.

Die großen Mächte haben den prospektiven Weg des Czartoryski-Plans von Puławy (1804), der eine Vermittlung zwischen den nationalen Bedürfnissen und dem Mächtesystem zu Wege gebracht hätte, nicht beschritten. Die Eindämmung der Revolution – als hegemonialer Ausbruch Frankreichs verstanden – hatte für die Mächte den Vorrang. Sie gelang in dem Wiener System. Damit war auch die napoleonische Rekonstruktion Polens hinfällig geworden, und die alten Teilungsgrenzen von 1797 wurden wiederhergestellt. Sie wirkten denn auch gänzlich als solche – auch wenn in der Wiener Schlußakte von nationalen Institutionen und freiem Verkehr in Polen die Rede war.

Das Problem, das Polen für die Politik in Europa stellte, bestand seit dem Wiener Kongreß darin, trotz Konzessionen an das revolutionäre Potential nationaler Ansprüche deren Unterordnung unter den imperialen Staatsgedanken der drei Teilungsmächte sicherzustellen. Die Trägermächte der Heiligen Allianz nahmen also mit ihrem jeweiligen Anteil an dem alten Polen gleichsam Enklaven der europäischen Revolution in sich auf: Es war jenes Potential, das sie durch die Teilung hatten stilllegen wollen! Jede der konservativen Ostmächte versuchte auf ihre Weise, mit der Halbheit der Wiener Lösung fertig zu werden und dem „Vormärz“ zu begegnen: Dabei war jetzt die durch die polnische Frage begründete „Revolutionenfurcht“ ein durchaus nicht zu unterschätzender Faktor im Regierungshandeln der großen Ostmächte.

Der Novemberaufstand in Warschau von 1830 konnte sie in dieser Revolutionenfurcht nur bestärken. Ein Attentat auf den Statthalter des Kaisers, Großfürst Konstantin, war das Signal für die Erhebung, die von adligen Offizieren mit Unterstützung bürgerlicher Kreise der Hauptstadt getragen wurde. Zwar konnte Zar

Nikolaus I. der monarchischen Solidarität des preußischen Königs gewiß sein, und Friedrich Wilhelm III. wies sowohl die Königskrone der Nationalregierung als auch die Bitte der Polen um Vermittlung in Petersburg scharf zurück. Dennoch war der Zar enttäuscht; im Zorn schrieb er Gedanken über eine erneute Aufteilung Polens nieder. Er stellte sich einen Rückzug der russischen Reichsgrenzen auf die Weichsel-Narew-Linie vor. Den Rest wollte er „als seiner unwürdig“ seinen Alliierten überlassen; sie könnten „davon den Gebrauch machen, den sie für entsprechend halten“. Doch dieser Vorstoß fand die entschiedenste Ablehnung in Preußen und Österreich. Sie wollten Stabilität im Bündnis. Kaiser Nikolaus aber traf sofort nach der militärischen Niederschlagung des Aufstandes eine Entscheidung für das Königreich Polen: In dem sogenannten Organischen Statut von 1832 wurde den Polen bei erheblicher Einschränkung ihrer Sonderrechte zwar noch kulturelle und bürgerliche Autonomie verheißen, doch die Proklamierung des permanenten Ausnahmezustands setzte das Statut sogleich außer Kraft. In der Öffentlichkeit Rußlands griff die Erregung über die rebellischen Polen rasch um sich. Mehr noch galt die russische Empörung aber den Sympathien, die die Aufständischen – und die große Emigration, die nach der Niederschlagung des Aufstandes einsetzte, – in ganz Europa fanden. Kaum ein anderer dürfte die russische Reaktion auf die europäische Polen-Stimmung wortgewaltiger und wirkungsvoller zum Ausdruck gebracht haben als Alexander Puschkin in seinem Gedicht „An die Verleumder Rußlands“. Dort heißt es:

„Was soll das Wortgelärm, Tribunen fremder Staaten?
 Warum mit Fluch und Bann wollt Rußland ihr verraten?
 Was hat euch so empört? Des Polen Schändlichkeit?
 Laßt uns: dies ist ein Streit – ein vom Geschick geweihter! – Von Slawen unter
 sich, im eignen Haus der Streiter,
 Und eine Frage, der – ihr nicht gewachsen seid.“

Es gibt mehrere Texte Puschkins in dieser Tonlage, die man als Ausdruck eines immer deutlicher sich artikulierenden imperial-russischen Nationsbewußtseins verstehen muß. Der Dichter, der in früheren Jahren das poetische Medium wirksam für die politischen Ideen des Aufbruchs und der Emanzipation der jungen Generation aus den Traditionen der Unfreiheit einzusetzen gewußt hatte, sah sich in der Situation von 1830 von den Dimensionen der Auseinandersetzung Rußlands mit seinen „Randvölkern“ überwältigt. Nach innen gewendet kommt darin auch die soziale Besonderheit einer allein von einem konservativen Adel getragenen gesellschaftlichen Modernisierung, einer Nationsbildung *sui generis*, ins Blickfeld. Der politik- und sozialgeschichtlichen Quellenkritik an den Puschkin-Texten enthüllt sich nämlich das „politische Dilemma“ dessen, der sich – wie Gottfried Schramm in der *Wittram-Festschrift 1973* gezeigt hat – „in immer neuen Anläufen zu revotierenden Phantasien hinreißen ließ und ebenso oft zu der schmerzlichen Einsicht kam, eine Revolte sei sinnlos und zudem Verrat am Adel, der auf Gedeih und Verderb an das Zarentum gekettet war“. Die politische Kraft der oppositionellen Ideen war mithin auf strukturelle Weise eingeeengt.

Der hohe historische Quellenwert derartiger nationalliterarischer Zeugnisse ist unbestreitbar. Es lohnt sich, was gerade Osteuropa-Historikern bewußt ist, sie auch in die politikgeschichtliche Diskussion intensiv einzubeziehen. Geradezu unvermeidlich erwuchs in der polnischen Dichtung das Gegenstück zu den russisch-imperialen Tiraden auf den Novemberaufstand. Adam Mickiewicz bot es in der „Dresdener Totenfeier“, welche er 1832 als dritten Teil dem älteren Werk, der „Wilnaer Totenfeier“, anfügte, die zwischen 1820 und 1822 in Litauen entstanden war. In dem Dresdener Teil wird die Verfolgung der freiheitlich gesonnenen Jugend der Zeit vor 1824 zum Thema. War es dem Helden der Wilnaer Teile des Werkes noch um das persönliche Glück gegangen, so tritt nun der Kampf um die nationale Befreiung an die Stelle. Im Schicksal der Mitglieder des Freiheitsbundes der „Philomaten“ im Gefängnis von Wilna ist das Schicksal des geteilten Polen erkennbar. Der neue Held erlebt in seinem ekstatischen Monolog an Gott in Gestalt des Zaren die Vision des wie Christus gekreuzigten Polen. Am Ende der „Dresdener Totenfeier“ steht ein Zyklus von fünf Gedichten, in denen der Haß auf Rußland, den Unterdrücker der Völker, dem Autor die Feder geführt hat. Noch im Durchbruch der modernen Befreiungsbewegung „Solidarität“ in unseren Tagen hatte die „Totenfeier“ aufrüttelnde Wirkung. Den messianischen Gedanken, der das geteilte Polen als den Christus der Völker ausgibt, hat Mickiewicz 1832 in Paris in seinen „Büchern des polnischen Volkes und der polnischen Pilgerschaft“ auch historiosophisch auf den Begriff gebracht.

Für die Geschichte des modernen Nationsgedankens und seine Wirkung auf das europäische Staatensystem ist es ergiebig, diese polnischen Ideen und ihren politischen Charakter genau zu studieren. Der „Messianismus“ – die Idee vom Christus der Völker, diese gewaltige poetische Überhöhung, läßt sich ideenpolitisch verstanden eher als ein universeller Geltungsanspruch des polnischen Unabhängigkeitskampfes interpretieren. 1832, auf dem Hambacher Fest, wurde das von der liberal-revolutionären europäischen Öffentlichkeit auch so verstanden. Dieses Jahr war somit in vieler Hinsicht ein Höhepunkt der Einwirkungen der polnischen Frage auf die europäische Öffentlichkeit. Für die Strukturbildungen des politischen Liberalismus, zumindest in Mitteleuropa, sind davon erhebliche Impulse ausgegangen. Auch in dem weiteren Kontext der Großen Emigration, die ihre spezifischen Wirkungen als Exilpolitik im politischen System Europas zeitigte, spielen die künstlerische, wissenschaftliche und intellektuelle Komponente noch lange eine wichtige Rolle. Man wird von hier aus konstatieren können, daß die „polnische Frage“ auf den Formen- und Stilwandel der Politik in Europa im Vormärz eingewirkt hat. Auch die allgemeine Einstellung der europäischen Öffentlichkeit auf Polen als ein Muster der nationalen Revolution gegen die Imperien ist davon geprägt worden.

In der revolutionären Krise des „Völkerfrühlings“ seit 1846 ließen sich auch die nationalen Regungen der „jungen Völker“ zwischen Polen und Russen nicht mehr neglieren. Karol Libelt, der Posener Patriot, zeichnete am Beginn des Jahres 1848 schon die Umrisse der Zukunft: „Unser großes mächtiges Polen, weithin von Meer zu Meer reichend, wird nicht mehr als ein einheitlicher Staat mit einer

Nationalregierung auferstehen, sondern als eine Föderation der Litauer, Ruthenen, Preußen und anderer Völker.“ Das war nur eine polnische Stimme unter vielen, die jetzt föderativen Lösungen für die Völker zwischen Deutschland und Rußland – wenn möglich unter polnischer Führung – das Wort redeten, das heißt, der Destruktion des alten Mächtesystems.

Doch die Versuche der polnischen Nationalbewegung, die Märzrevolution von 1848 für die „nationale Reorganisation“ der Polen wie der Deutschen in Preußen, also zur Teilung Preußens zu nutzen, schlugen fehl. Sehr schnell schwanden die Anzeichen einer freiheitlichen Solidarität der Völker im Sinne eines gleichberechtigten Anspruchs auf nationale Freiheit und staatliche Unabhängigkeit angesichts der Probleme der revolutionären Staatsbildung dahin. In der Paulskirche änderte sich im Juli 1848 während der sogenannten Polen-Debatte an der Frage der Grenzziehung zwischen den Nationen der Ton sehr schnell. Nun war vom „gesunden Volksegoismus“ die Rede.

Eines aber hatten die vormärzlichen Nationalbewegungen in Deutschland und im östlichen Mitteleuropa gemeinsam: den Affront gegen Rußland. Das Zarenreich war in noch stärkerem Maße als das Österreich Metternichs Symbol der Unterdrückung der Völkerfreiheit, ein wahres Völkergefängnis. In seinem berühmten Brief an das Frankfurter Vorparlament gelang selbst dem besonnenen František Palacký die positive Akzentuierung einer funktionierenden Donau-Monarchie in ihrer (idealen) föderativen Gestalt nur, indem er ihre reale Bedrohung durch den „russischen Weg“ einer universalen Monarchie beschwor.

Es fragt sich freilich, ob in einen solchen freiheitsgeschichtlichen Ablauf des europäischen Vormärz die revolutionären Gedanken und Manifestationen der liberalen Intelligencija Rußlands überhaupt einzufügen waren? Gehörte Rußland dazu? Auf unübertreffliche Weise hat dieses Problem der „Westler“ Iwan Turgenjew mit der Schlußszene seines Romans „Rudin“ ins Bild gesetzt. Der Held des Romans, Dmitrij Rudin – in vielem ein Abbild Bakunins – hat 1848 das Ende seiner Odyssee des „überflüssigen Menschen“ erreicht und steht im Sommer auf der Barrikade der „nationalen Handwerker“ in Paris. „In der einen Hand hielt er eine rote Fahne, in der anderen einen stumpfen Krumsäbel und schrie etwas mit angestrengter, dünner Stimme.“ So bietet er den Soldaten ein leichtes Ziel und wird von der Kugel tödlich getroffen. Die Pointe des Romanschlusses liegt darin, wie Rudins französische Mitkämpfer seinen Tod verstehen: Sie beklagen den Tod „des Polen“. So war Polen den Zeitgenossen von 1848 nicht allein der revolutionäre Teils Preußens, wie Friedrich Engels erkannt hatte, sondern auch Maßstab russischer „Vormärzlichkeit“.

In der Tat hatten sich das nikolaitische Polizeiregime und sein Druck auf das Reich und seine Völker kaum gewandelt seit dem Strafgericht über die Dekabristen. „Innere Versteinerung“ konstatierte der deutsche Soziologe Lorenz von Stein 1850 beim Blick auf das Zarenreich. So weckte der Ausbruch des Krim-Krieges 1853 noch einmal die Hoffnung der liberalen Kräfte Europas, daß der Hort der Reaktion nun von der Nemesis der Geschichte eingeholt würde. Auch die Wiederherstellung Polens mit den Ostgrenzen von 1772, also unter dem Primär-

aspekt der Zerschlagung Rußlands und der Schonung Preußens, war erneut die Parole der liberalen Propaganda. Doch diese Hoffnung erfüllte sich keineswegs. Das Teilungssystem über Polen – die Ostmächte-Allianz – erwies sich trotz Rußlands Niederlage im Krim-Krieg, weiterhin als stabile Mächtestruktur des östlichen Kontinents. Aber die inneren Reformbedürfnisse meldeten sich in dem Zarenreich immer lauter zu Wort. Bei den westlichen Randvölkern des russischen Imperiums standen Reform und Modernisierung in untrennbarem Zusammenhang mit der nationalen Emanzipation. Die Gefahr revolutionärer Aufbrüche war auch jetzt besonders groß in Polen.

Als sich im Januar 1863 im Königreich Polen die nationalrevolutionären Stimmungen erneut in einem Aufstand entluden, der Sympathien auch in dem preußischen Teil Polens fand, sah der frühere Gesandte in Petersburg und gerade ins Amt gelangte preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck darin die unausweichliche Konsequenz der liberalen Lockerungen der russischen Polen-Politik, wie sie seit dem Ende des Krim-Krieges festzustellen waren. Solche Polenpolitik war neu in Rußland, und deshalb erwartete der konservative Preuße eine gefährliche Dynamisierung des politischen Klimas im Zarenreich. Vor allem erschien ihm in der aufgewühlten Vorstellungswelt Rußlands der Fortbestand des Teilungsbündnisses in Polen als Garantie der osteuropäischen Machtbalance nicht mehr unangefochten. Rußland zur Bewahrung des Bündnisses auf der Basis der Teilung Polens – auch mit einem möglicherweise geeinten Deutschland als Partner – zu zwingen, war daher das Kardinalziel in Bismarcks außenpolitischer Zukunftsplanung. In der Traditionalität „negativer Polen-Politik“, wie sie aus Rußlands und Preußens Steuerung der „polnischen Frage“ seit den Tagen Peters des Großen resultierte, erblickte der preußische Ministerpräsident und deutsche Reichskanzler noch nach 1862 beziehungsweise 1871 ein diplomatisches Instrument ersten Ranges. Ähnlich wie Friedrich der Große hundert Jahre zuvor verstand er es, russisch-polnische Konfliktpotentiale im Interesse Preußens und bald auch Preußen-Deutschlands zu instrumentalisieren. Über das System „negativer Polen-Politik“ war die „deutsche Frage“, war auch die Reichsgründung, funktional mit der „polnischen Frage“ verknüpft.

Und wieder bewirkte – wie 1830 der Novemberaufstand – die polnische Revolte die Solidarisierung der oppositionellen Intelligencija Rußlands mit dem Thron der Selbstherrschaft, wenn der Slavophile Jurij Samarin im September 1863 seinen panrussistischen Bannstrahl gegen die verräterischen Polen schleuderte: „Polen, das ist ein scharfer Keil, den die Latinität mitten in das Herz der slawischen Welt getrieben hat, um sie zu zersprengen... Wie zwei Seelen, die in einem Körper eingeschlossen sind, führten und führen bis heute Slawentum und Latinität innerhalb Polens selbst einen unversöhnlichen Kampf auf Leben und Tod. In ihm liegt das tieftragische Interesse der polnischen Geschichte... Welchen freiwilligen Selbstquälereien sich Polen auch unterwerfen mag, wie es sich auch geißeln mag, um sich endgültig in den Augen der Latinität von der Erbsünde seines slawischen Blutes zu reinigen, es wird seine Natur nicht umschaffen; seine Zukunft, wenn es eine Zukunft überhaupt besitzt, liegt in der slawischen Welt... nicht am

Schwanz der Latinität... Unser Ziel darf nur darin bestehen, die Polen für Rußland unschädlich zu machen, vor allem muß man im Königreich den Aufstand erstickten und dazu die allerwirksamsten Maßnahmen ergreifen.“ Ziemlich unerwartet sollte dieses politische Credo des integralistischen Panslawismus seine gleichsam westlerische Bestätigung durch die Wissenschaft finden, als 1863 der große liberale Historiker Sergej Solowjow in seiner „Geschichte des Falls von Polen“ die Teilung Polens als die gerechte Strafe der Geschichte für den Verrat an der slawischen Sache interpretierte. Aber das war nach dem Januaraufstand die beherrschende Tonlage in der reichsrussischen „Öffentlichkeit“.

Mit diesem antipolnischen Stimmungsumschwung in Rußland begann die Wiederherstellung des vollständigen Einvernehmens in der Allianz der Teilungsmächte Polens, wenngleich Österreich in der Krise des Januaraufstandes diplomatisch an der Seite der westlichen Großmächte gestanden hatte. Für Bismarcks Konzept war es ein großer Erfolg, der aber Gefahren für die Zukunft nicht ausschloß. Sie lagen einerseits in der Unberechenbarkeit Österreichs, die für Bismarcks Verständnis aus dem deutschen Dualismus resultierte. Andererseits war der russische Patriotismus aus der Krise des Januaraufstandes gestärkt hervorgegangen. Die Formierung eines panrussistischen Lagers schaltete zwar die polnische Gefahr zunächst aus, erhob sich aber gleichzeitig als Bedrohung neuer Art in Gestalt russischen Selbstbewußtseins und russischen Mißtrauens gegen das Erstarken auch des deutschen Nachbarn. Darin sah Bismarck Belastungen für die Solidarität der Teilungsmächte heranwachsen. Auf die kunstvolle bündnispolitische Bändigung dieser Gefahren im Schoß der Allianz kam es für die Zukunft an. Er wollte Österreich als Mitstreiter um die deutsche Einheit ausschalten, aber zugleich eine außenpolitische Befreiung und Anhebung der österreichischen Aktionsmöglichkeiten erreichen, vor allem über die Stellung Wiens im Bündnis der drei „Schwarzen Adler“. In der Tat vermochte Bismarck bei den Verhandlungen in Nikolsburg sowohl Österreich als auch Rußland zu beruhigen und an das alte Dreierbündnis heranzuführen. Dessen alte Integrationskraft war freilich dahin und konnte auch in dem Dreikaiserabkommen von 1873 nicht wieder regeneriert werden. Die polnische Frage hatte mit der Reichseinigung ihre steuernde Funktion für das Verhältnis der drei Ostmächte zueinander, vor allem in bezug auf die österreichisch-russische Balkan-Rivalität, verloren. Gerade hier – in der orientalischen Frage – witterte Bismarck Gefahren, die aus dem neuen, fester werdenden russischen Nationalismus imperialer Prägung aufsteigen könnten. Und daran sollte auf die Dauer die Staatskunst Bismarcks ihre Grenzen finden.

Polen aber – als diejenige Nation, auf deren Kosten Bismarcks System gleichsam berechnet war – geriet mit der Lösung der „deutschen Frage“ durch die Beseitigung des deutschen Dualismus in die schwierigste Periode seiner Teilungsgeschichte. Im Grunde ist es aus dieser, aus der langen Nachgeschichte der Teilungen, erst 1989–1991 wirklich befreit worden.